



Nr. 338 | 03.12.2024

Polen-Analysen

Die Polnische Armee 2024

■ ANALYSE	
Abwehrbereit? Zum Stand der Einsatzbereitschaft der Polnischen Armee Ende 2024	2
Jens Boysen, Collegium Civitas, Warschau	
■ CHRONIK	
19. November – 2. Dezember 2024	7
■ LESETIPPS	
Belarus Analytical Digest	9
Moldovan Analytical Digest	10

Die nächste Ausgabe der Polen-Analysen erscheint nach der Weihnachtspause am 21. Januar 2025. Die Redaktion der Polen-Analysen wünscht ihren Leserinnen und Lesern ein frohes Weihnachtsfest und ein friedliches, gesundes und erfolgreiches Jahr 2025!

ANALYSE

Abwehrbereit? Zum Stand der Einsatzbereitschaft der Polnischen Armee Ende 2024

Jens Boysen, Collegium Civitas, Warschau

DOI: 10.31205/PA.338.01

Zusammenfassung

Nach mehr als zweieinhalb Jahren Krieg in der Ukraine hat sich die strategische Lage Polens und der NATO insgesamt – besonders aber der Staaten an deren Ostflanke – prinzipiell nicht verändert: Das Gebiet der Allianz liegt außerhalb des direkten Kriegsgeschehens und kann die Ukraine zumindest in defensiver Hinsicht wirksam unterstützen. Jedoch besteht nach wie vor Ungewissheit bezüglich der Fähigkeit bzw. Bereitschaft Russlands zur Eskalation. Allerdings zählt Polen auch unter seiner neuen Regierung zu den »Falken« im westlichen Bündnis und lehnt jedes Nachgeben gegenüber Moskau ab. Zuletzt hat der Einsatz nordkoreanischer Soldaten durch die russische Armee die politisch-strategische Reichweite des Krieges nochmals vergrößert. Im Zusammenhang damit gehen die 2021/22 in Polen eingeleiteten militärischen Rüstungs- und Ertüchtigungsmaßnahmen stetig weiter. Das schließt sowohl die Vergrößerung der militärischen Kader sowie die Schulung von Reservisten ein als auch die Fortsetzung der massiven Rüstungseinkäufe in den USA und Südkorea. Trotz teils schleppender Prozesse nimmt die militärische Leistungsfähigkeit Polens allmählich zu, gerade auch im Vergleich zu einigen anderen NATO-Staaten. Unverändert zeigen Politik und Gesellschaft in dieser Frage eine große Geschlossenheit, die bisher weder durch die hohen Kosten der Aufrüstung noch durch die möglicherweise gravierenden Konsequenzen des antirussischen Kurses in der Außenpolitik ernsthaft in Frage gestellt wird.

Wehretat und Personalstärke

Wie schon 2023 steht Polen auch in diesem Jahr an der Spitze der NATO-Staaten, wenn es um den Anteil der Verteidigungsausgaben am Bruttoinlandsprodukt (BIP) geht, für die bekanntlich seit 2014 ein empfohlener Richtwert von mindestens zwei Prozent besteht. Für 2024 gab die NATO in einem (geschätzten) vergleichenden Überblick den polnischen Wehretat mit 4,12 Prozent des BIP an, gefolgt von Estland mit 3,43 Prozent und den USA mit 3,38 Prozent. In absoluten Zahlen betrugen die polnischen Militärausgaben 2024 ca. 151 Milliarden Zloty (also ca. 35 Milliarden Euro). Bemerkenswert ist überdies, dass Polen mit 51,1 Prozent auch den höchsten Wert für den Anteil der Ausrüstungsbeschaffung an den Gesamtausgaben aufweist; im Vergleich dazu betrug dieser Wert für Deutschland nur 28,7 Prozent (bei einem NATO-Richtwert von 20 Prozent). Laut einer Ankündigung von Verteidigungsminister Władysław Kosiniak-Kamysz während einer Pressekonferenz am 4. Oktober 2024 sollen die Militärausgaben 2025 auf 4,7 Prozent des zu erwartenden BIP bzw. auf 186,6 Milliarden Zloty (ca. 43,5 Milliarden Euro) ansteigen. Dabei ist allerdings die geschätzte Kofinanzierung aus dem »Fonds zur Unterstützung der Streitkräfte« (Fundusz Wsparcia Sił Zbrojnych) hinzugerechnet; der Anteil aus dem Staatshaushalt – Titel 29: »Nationale Verteidigung« – wird nur ca. 124,3 Milliarden Zloty (ca. 29 Milliarden Euro) betragen.

Kritische Pressestimmen haben überdies darauf hingewiesen, dass trotz des relativen Wachstums des mili-

tärbudgets in den Vorjahren die geplanten Ausgaben – und damit die »NATO-Rekorde« – nie ganz erreicht worden seien, zum einen, weil das BIP am Jahresende regelmäßig höher ausgefallen sei als die dem Haushaltsentwurf zugrundeliegende Schätzung, und zum anderen, weil teilweise (ähnlich wie in Deutschland) andere Ausgaben wie z. B. Zinszahlungen oder Verwaltungskosten in Form »kreativer Buchführung« einbezogen worden seien, die nichts zur Erhöhung der militärischen Einsatzbereitschaft beigetragen hätten. Außerdem hatte der Verteidigungsminister schon im August mitgeteilt, durch Versäumnisse der Vorgängerregierung sei für die nächsten zehn Jahre allein für die militärische Infrastruktur eine Finanzierungslücke von 46 Milliarden Zloty (ca. 10,7 Milliarden Euro) entstanden. Trotz dieser Detailfragen ist aber die generelle Aufwärtstendenz bei den finanziellen Aufwendungen für Sicherheit und Verteidigung in Polen eine Tatsache. Ein positiver Nebeneffekt dieser Entwicklung ist die kürzlich erlangte Bereitschaft der Europäischen Kommission, unter ausdrücklichem Hinweis auf die von Polen im Sinne der europäischen und ukrainischen Sicherheit getätigten Rüstungsausgaben bei der Umsetzung des von ihr akzeptierten Plans der polnischen Regierung zur Reduzierung des Haushaltsdefizits auf unter drei Prozent ein flexibles Vorgehen – d. h. unterschiedlich hohe jährliche Einsparungen – zu akzeptieren.

Der Personalbestand der Polnischen Armee betrug am 28. Juni 2024 nach offiziellen Angaben des Ver-

teidigungsministeriums (MON) rund 199.000 Mann, was eine Zunahme von ca. 30.000 Mann seit Mitte 2022 bedeutete. Im Juli des Jahres schätzte die NATO die Mannschaftsstärke der Polnischen Armee bereits auf rund 216.000, was diese zur drittgrößten NATO-Armee machen würde (hinter den USA und der Türkei) sowie – sofern man die Türkei nicht Europa zuordnet – zur größten europäischen, knapp vor der französischen. Dies kann als relativer Erfolg der fortlaufenden Bemühungen der Polnischen Armee zur Gewinnung neuer (Berufs-)Soldaten gewertet werden. Im Idealfall, wie ihn das seit März 2022 gültige Gesetz über die Vaterlandsverteidigung (Ustawa o obronie Ojczyzny) anstrebt, sollen die Streitkräfte in ihren verschiedenen Teilen in einigen Jahren ca. 300.000 Soldaten umfassen. Da aber diese Vergrößerung und Professionalisierung absehbar ein langwieriger Prozess ist und um im Verteidigungsfall einen schnellen Aufwuchs zu gewährleisten, betreibt das Verteidigungsministerium zusätzlich seit längerem die Erfassung und Reaktivierung der Reservisten, die dank der bis zu ihrer Aussetzung 2009 fast vollständig – d. h. für Männer – durchgeführten Wehrpflicht noch in relativ hoher Zahl zur Verfügung stehen. Die meisten gedienten Angehörigen der von dieser Pflicht betroffenen Altersgruppe (18–60 Jahre für Mannschaften bzw. 18–63 Jahre für Offiziere und Unteroffiziere) haben, sofern keine triftigen Ausschlussgründe vorlagen, in den vergangenen Jahren entsprechende Gestellungsbefehle erhalten und werden nach und nach, bei möglichst geringer Beeinträchtigung ihrer zivilen Berufstätigkeit, zu Wehrübungen einberufen.

Hierbei besteht eine gesetzliche Gestellungspflicht, bei Verweigerung würde eine Geld- oder Gefängnisstrafe verhängt werden. Allerdings sind solche Fälle augenscheinlich selten; auch die Arbeitgeber sperren sich offenbar nicht gegen die zumindest in bestimmten Fällen (wenn die Übungen nicht ausschließlich an den Wochenenden stattfinden können) notwendige Freistellung ihrer Mitarbeiter. Auf der Habenseite erhalten die Reservisten für die Zeit der Übungen Lohnausgleich sowie volle Verpflegung und medizinische Versorgung seitens ihrer militärischen Einheit. Im Oktober 2024 beschloss die Regierung, im kommenden Jahr insgesamt maximal 329.700 Soldaten zu aktivieren, davon ca. 200.000 Reservisten sowie andere Gruppen, nämlich zum einen freiwillig Grundwehrdienstleistende (max. 39.700, davon 4.700 in Ausbildung befindliche Fähnriche und Kadetten) und zum anderen die Truppen der Territorialverteidigung (Wojska Obrony Terytorialnej – WOT; max. 44.000 Mann). Alle diese Zahlenangaben stellen theoretische Höchstwerte dar. Das dient zum einen der Geheimhaltung der genauen Daten, liegt aber vermutlich auch daran, dass die benötigte Infrastruktur mit den wachsenden Zahlen Schritt halten muss.

Neben den »normalen« Reservisten – der sogenannten Passiven Reserve – sollen auch maximal 30.000 Soldaten der Aktiven Reserve aktiviert werden, deren Angehörige im Unterschied zur denen der »klassischen« passiven Reserve vereidigt und danach regelmäßig zu Übungen einberufen werden. Dies wären 10.000 mehr als im laufenden Jahr. Langfristig soll die Aktive Reserve bis zu 150.000 Mitglieder haben. Diese jüngste Komponente der Streitkräfte – deren Angehörige eine deutlich höhere Kampfbereitschaft als diejenigen der Passiven Reserve aufweisen und dauernd aufrechterhalten sollen – stellt laut dem Chef des polnischen Generalstabs, General Wiesław Kukuła, das Kernelement der polnischen Variante des »Total Force Concept« dar. Dieses Konzept wurde vor allem in den USA und den skandinavischen Staaten entwickelt und dient der möglichst effizienten und logischen Integration der verschiedenen militärischen Teilkkräfte, die wiederum im Ernstfall schnell mobilisiert werden und leicht in verschiedenen Situationen eingesetzt werden sollen. Ein wesentliches Element dieses Konzepts ist die Optimierung der Einsatzoptionen für jeden einzelnen Soldaten, wobei dessen individuelle Fähigkeiten analysiert und spezifisch gefördert werden sollen. In gewissem Sinne kann hier von einem modularen Ansatz gesprochen werden, der einerseits Einflüsse der (zivilen) Organisationswissenschaften zeigt und andererseits auf Grundsätze des Milizsystems zurückgeht.

Durch diese u. U. recht aufwendige Ausbildung sollen die Einheiten der Aktiven Reserve dann im Einsatz einen hohen Grad an Selbständigkeit und Flexibilität erreichen; das schließt auch Einsätze im Frieden ein wie etwa jüngst die Katastrophenhilfe bei der Flut in Südwestpolen. Ein wichtiges Vorbild für die Polnische Armee ist dabei das finnische Wehrsystem, das 31.500 aktive Soldaten, aber außerdem 280.000 »aktive« Reservisten umfasst (bei einer Gesamtbevölkerung von ca. 5,6 Millionen). In diesem Zusammenhang ist daran zu erinnern, dass das aktuelle polnische Wehrgesetz – wie im Prinzip schon das Vorgängergesetz aus kommunistischen Zeiten, aber mit größerem Nachdruck – auch den Frauen die Pflicht zur Landesverteidigung auferlegt, auch wenn es dabei verschiedene Ausnahmeregelungen gibt. Tatsächlich setzt die Armeeführung aber darauf, dass gerade der weibliche Teil der Bevölkerung in Zukunft zur Vergrößerung der Streitkräfte beitragen wird, etwa durch die Gewinnung von Studentinnen für studienbegleitende Ausbildungsgänge, aber ebenso durch eine Erhöhung der Zahl der weiblichen Reservisten. Im Geiste des in Polen herrschenden »positiven Militarismus« funktionieren weitere Ansätze zur Popularisierung militärischer Kenntnisse und potenziellen (zukünftigen) Nachwuchsgewinnung:

- die schon seit längerem bestehende Akademische Legion (Legia Akademicka), die freiwillige militä-

rische Schulungen für Studenten und Absolventen durchführt, wobei diese für den Zeitraum ihrer Teilnahme als Angehörige des freiwilligen Grundwehres gelten;

- die seit 2020 über mehrere Wochen im Sommer auf dem Gelände und in der Regie mehrerer militärischer Einheiten stattfindende Aktion »Trainiere mit der Armee« (Trenuj z wojskiem) für alle interessierten polnischen Staatsbürger zwischen 15 und 65 Jahren. In diesen achttündigen Kursen erläutern Militärausbilder den Zivilisten Themen wie Waffenbedienung, Überlebenstechniken, Nahkampf, Handgranatenwurf, Sanitätsdienst und Alarmverhalten. Bisher, einschließlich 2024, haben ca. 25.000 Polen von diesem Angebot Gebrauch gemacht;
- als jüngstes Segment das seit Mai 2024 laufende, gemeinsam vom Bildungs- und Verteidigungsministerium betriebene Programm »Bildung mit der Armee« (Edukacja z wojskiem), in dessen Rahmen 800 Soldaten der Polnischen Armee ca. 3.000 Grund- und weiterführenden Schulen besuchen werden, um dort 60.000 Schülern – der jeweiligen Altersgruppe angepasste – Grundkenntnisse auf den Gebieten der Ersten Hilfe sowie der Evakuierung im Bedrohungsfall beizubringen.

Unterstützung für die Ukraine

In der Frühphase des Krieges hatte Polen, ähnlich anderen NATO-Staaten, der Ukraine vor allem entbehrliche ältere Waffensysteme überlassen, die zum Teil noch aus den Zeiten des Warschauer Pakts stammten, wie etwa T-72-Panzer oder Schützenpanzer des Typs BWP-1 (analog dazu hatten Deutschland und andere Staaten z. B. ältere Leopard-I-Panzer abgegeben). In der Folgezeit hatte die polnische Regierung aus Geheimhaltungsgründen keine detaillierten Daten über weiteres an die Ukraine übergebenes Kriegsgerät veröffentlicht, so dass zum jetzigen Zeitpunkt nur ungefähre Angaben über Umfang und Wert dieser Lieferungen gemacht werden können. Das online-Fachportal für Verteidigungsfragen defence24.pl hat Anfang November den Versuch einer solchen Auflistung vorgenommen; dabei werden gegen Bezahlung gelieferte Güter von kostenfreien Überlassungen unterschieden.

Diesen Schätzungen nach verkaufte Polen der Ukraine im Zeitraum 2022/2023 u. a.

- 60 gepanzerte Mannschaftstransportwagen MT-LB;
- 49 gepanzerte Fahrzeuge Oncilla;
- 19 gepanzerte Fahrzeuge SCAM SM T63/Dzik II;
- 36 Selbstfahrraubitzen Kaliber 155 mm Krab (plus weitere 18 im Jahre 2024);
- 70 Selbstfahrraubitzen Kaliber 122 mm 2S1 Goździk;
- 22 Mörser Kaliber 120 mm;

- 89 Mörser Kaliber 82 mm;
- 4 Mehrfachraketenwerfer Kaliber 122 mm BM-21 Grad;
- 34 tragbare Luftabwehrsysteme Piorun;
- 39.280 ungelenkte Luftabwehrraketen S-8.

Kostenfrei überlassen wurden der Ukraine hingegen

- ca. 14 Jagdflugzeuge MiG-29;
- ca. 11 Kampfhubschrauber Mi-24;
- 14 Panzer Leopard 2A4;
- ca. 30 Panzer PT-91 Twardy;
- ca. 280 Panzer T-72;
- 50 gepanzerte Mannschaftstransportwagen Rosomak mit Turm Hitfist-30;
- ca. 400 Schützenpanzer BWP-1;
- mehrere gepanzerte Fahrzeuge Dzik;
- 54 Selbstfahrraubitzen Kaliber 155 mm Krab;
- ca. 30 Selbstfahrraubitzen Kaliber 122 mm 2S1 Goździk;
- 8 Selbstfahrmörser Kaliber 120 mm Rak;
- 4 Kommando-Stabsfahrzeuge AWD für den Mörser Rak;
- ca. 70 Mörser Kaliber 120 mm;
- 4 automatische Mörser Kaliber 82 mm 2B9M Wasilok;
- leichte Mörser Kaliber 60 mm LM-60;
- ca. 35 Mehrfachraketenwerfer Kaliber 122 mm BM-21 Grad;
- Luftabwehrraketenwerfer Nawa-M;
- Luftabwehrraketenwerfer Osa-AK/AKM;
- tragbare Luftabwehrraketenwerfer (Basisgruppe) Piorun;
- selbstfahrende Luftabwehrsysteme ZSU-23-4 Szyłka;
- Luftabwehrkanonen Kaliber 57 mm S-60;
- Luftabwehrkanonen Kaliber 23 mm ZU-23-2;
- Panzerabwehr-Handgranaten RPG-76 Komar;
- Handwaffen, z. B. Karabiner Grot;
- ungelenkte Raketen Kaliber 122 mm für den Raketenwerfer BM-21 Grad.

Militärische Rüstungsbeschaffung im Inland

Nicht nur und nicht in erster Linie zum Ausgleich dieser abgegebenen Waffensysteme verfolgt Polen seit 2021 ein intensives Programm der Aufrüstung und Modernisierung seiner Streitkräfte. In bedeutendem Maße trägt dazu die einheimische Rüstungsindustrie bei, die sich schon seit Jahren, aber gerade vor dem Hintergrund des Krieges in der Ukraine technisch und finanziell stark entwickelt. Die größten Unternehmen in diesem Sektor sind:

- a) die 2013 gegründete Polnische Rüstungsgruppe (Polska Grupa Zbrojeniowa – PGZ), ein aus 50 Einzelunternehmen bestehender Staatsbetrieb, der die meis-

ten Domänen umfasst (Land, Luft, See, Elektronik, Cyberraum etc.) und dessen erklärte Aufgabe der Aufbau eines konkurrenzfähigen nationalen Rüstungssektors ist. Sein im Moment wohl bekanntestes Produkt ist die Selbstfahrraubitze Krab, die in der Ukraine erfolgreich zum Einsatz kommt; hierauf wiederum gründet sich eine bedeutende Nachfrage nach diesen und anderen Produkten im Ausland.

- b) die Polnischen Luftfahrtbetriebe Mielec und Świdnik (Polskie Zakłady Lotnicze Mielec i Świdnik), die im »Tal der Luftfahrt« (Dolina Lotnicza) im Südosten Polens angesiedelt sind.
- c) die Stahlhütte Stalowa Wola (Huta Stalowa Wola), eine Tochter der PGZ, die vor allem Artillerieelemente und gepanzerte Raupenfahrzeuge herstellt.

Die polnische Regierung strebt nach Aussage von Verteidigungsminister Kosiniak-Kamysz eine Aufteilung der Rüstungsaufträge im Verhältnis 50:50 zwischen polnischen und ausländischen Unternehmen an. Im Jahre 2024 bestellte das Ministerium im Inland u. a.

- 286 leichtgepanzerter Aufklärungstransporter vom Typ Kleszcz der Firma AMZ Kutno im Gesamtwert von 800 Millionen Złoty (ca. 186,3 Millionen Euro), die zwischen 2026 und 2028 geliefert werden sollen;
- Logistik- und Trainingspakete im Wert von 1,4 Milliarden Złoty (ca. 0,3 Milliarden Euro) für 21 Luftabwehr-Raketenartilleriegruppen PILICA+ der PGZ zur Auslieferung zwischen 2024 und 2029;
- 58 Radschützenpanzer Rosomak im Wert von 2,6 Milliarden Złoty (ca. 0,6 Milliarden Euro) zur Auslieferung 2026/27;
- 53, evtl. bis zu 90 Kranwagen mit großer Tragkraft HIAB 855 EP-5 auf Lastwagen 862D.43 der Firma Jelcz für 228 bzw. 384 Millionen Złoty (ca. 53 bzw. 89 Millionen Euro);
- 26 Drohnen FlyEye der Firma WB Electronics im Gesamtwert von ca. 222 Millionen Złoty (ca. 51,7 Millionen Euro).

Art und Umfang der Rüstungsimporte

Ähnlich der deutschen und anderen Rüstungsindustrien ist auch die polnische durch die zeitliche Dringlichkeit der geplanten Aufrüstung sehr herausgefordert und kann gegenwärtig die von der Polnischen Armee benötigten Waffensysteme noch nicht allein bereitstellen. Angesichts dessen spielt der Import solcher Güter eine Schlüsselrolle für die polnische Verteidigungsbereitschaft. Als Hauptlieferant hat sich dabei neben dem traditionellen Partner USA Südkorea etabliert, während Deutschland und andere europäische Verbündete eine eher geringe Rolle spielen.

Wichtige Bestellungen des laufenden Jahres im Ausland betrafen

- ein Integrated Air and Missile Defense Battle Command System (IBCS) der Firma Northrop Grum-

man (USA) im Wert von 2,53 Milliarden Dollar (ca. 2,4 Milliarden Euro). Der Aufbau des Systems soll zwischen 2024 und 2031 erfolgen;

- 96 Kampfhubschrauber Boeing AH-64E Apache mitsamt einem Schulungs- und Logistikpaket sowie Bewaffnung und Ersatzteilen (USA);
- 72 Raketenwerfermodule K 239 Chunmoo (Homar-K) der Firma Hyundai Rotem (Südkorea) mitsamt einem Schulungs- und Logistikpaket sowie einem Vorrat von mehreren Tausend Lenkgeschossen CGR-08 und CTM-290 mit einem Wert von 1,6 Milliarden Dollar (ca. 1,5 Milliarden Euro). Davon sollen allerdings nur zwölf importiert werden; die übrigen 60 sollen auf Basis einer koreanischen Lizenz von der Huta Stalowa Wola produziert werden.

Gewisse Irritationen löste die polnische Regierung aus, als sie im September einen Kaufvertrag über 180 südkoreanische Panzer des Typs K2 Black Panther, der auf der alljährlich in Kielce stattfindenden Internationalen Messe der Verteidigungsindustrie (Międzynarodowy Salon Przemysłu Obronnego – MSPO) geschlossen werden sollte, nicht unterzeichnete. Der Rahmenvertrag über die Lieferung von insgesamt 1.000 K2 war im Juli 2022 von der Vorgängerregierung unter Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) unterzeichnet worden. Dabei sollten bis 2025 zunächst 180 K2 aus Korea geliefert werden (46 davon befinden sich seit März 2024 bereits in Polen), die übrigen 820 Stück aber – ähnlich wie die oben erwähnten Module K 239 – in Lizenz von polnischen Firmen gefertigt und dabei »polonisiert«, d. h. an die besonderen lokalen Anforderungen angepasst werden. Die amtierende Regierung betonte, diesen Rahmenvertrag in jedem Fall einhalten zu wollen; es müssten allerdings zuvor noch bestimmte Details der Finanzierung geklärt werden. Somit kann wohl in naher Zukunft mit der Unterzeichnung des Kaufvertrags gerechnet werden.

Ist-Zustand der polnischen Rüstungsbestände

Laut dem »Kiel Report Nr. 1« des Kieler Instituts für Weltwirtschaft vom September 2024 ist im Falle Deutschlands ein trotz der Ankündigungen der Bundesregierung vom Februar 2022 nur schleppendes Aufholen der jahrzehntelangen Versäumnisse (nicht nur) bei der militärischen Ausrüstung zu beobachten. Zur besseren Einordnung wurden den deutschen Daten diejenigen Großbritanniens, Frankreichs und auch Polens gegenübergestellt. Hieraus ergibt sich z. B., dass Deutschland nach dem Ende des Kalten Krieges seinen Bestand an Kampfpanzern von mindestens 4.200 (1992) auf nur noch 339 Stück (2021) reduziert hat, während sich Polen zwar auch weit vom Bestand von 2.880 Panzern im Jahre 1992 entfernt hat, aber 2021 immer noch über 797 Stück

verfügte – und damit über mehr als Deutschland, Großbritannien und Frankreich zusammen. An Schützenpanzern hielt Polen 2021 1.611 Stück und damit sogar mehr als 1992 (1.471). Deutschland, das 1992 mit 3.250 noch mehr als doppelt so viele Exemplare besaß wie Polen, hatte 2021 gerade noch 674 davon. Bei den Haubitzen schließlich haben beide Nachbarn stark abgerüstet, aber auch hier konnte Polen im Jahre 2021 mit 410 Stück deutlich mehr vorweisen als Deutschland mit gerade noch 121 (1992: Deutschland 3.214, Polen 2.222). Bei der Luftabwehr sah es 2021 für alle vier Länder sehr schlecht aus.

Die nach dem Februar 2022 unternommenen Rüstungsanstrengungen sind in diesen Zahlen noch nicht enthalten, und obwohl auch Polen mehrere Schwachstellen aufweist, scheinen seine Aussichten auf eine deutliche Verbesserung der Lage besser zu sein als die Deutschlands und auch anderer westeuropäischer Länder.

Internationale strategische Integration

Auf der strategischen Ebene ist Polen wie alle europäischen NATO-Staaten auf die Allianz und besonders die USA angewiesen. Im Rahmen der verstärkten US-Präsenz in Polen wurde am 13. November 2024 das zur NATO gehörige, von den US-amerikanischen Streitkräften betriebene Aegis Ashore Ballistic Missile Defense System (Luftabwehrstation Aegis Ashore) in Redzikowo in Nordpolen eröffnet, nachdem die Station schon seit dem Juli betriebsbereit war. Dieser Standort war bereits 2009 im Kontext eines geplanten Raketenschilds zur Abwehr ballistischer Raketen (aus dem Iran) diskutiert worden, der Bau wurde aber erst nach dem Warschauer NATO-Gipfel 2016 tatsächlich angegangen. Das jetzige System entspricht weitgehend jenen älteren Planungen und ist gemeinsam mit einer Radarstation in Rumänien Teil des NATO-Raketenabwehrprogramms. Der Standort Redzikowo (dt. Reitz) war 1935 von der deutschen Luftwaffe als Flugfeld und Ausbildungszentrum angelegt worden. 1945–50 war er von der sowjetischen und 1950–99 von der polnischen Luftwaffe genutzt worden.

Wehrbereitschaft der polnischen Bevölkerung

Als Wermutstropfen für die verteidigungsbezogenen Bemühungen kann das Ergebnis einer im September 2024 vom Demoskopieinstitut IBRiS für die Tageszeitung Rzeczpospolita durchgeführten Umfrage angesehen werden. Dieser zufolge hielten nur 54,6 Prozent der befragten Bürger die Polnische Armee für abwehrbereit (davon nur 1,6 Prozent »definitiv«), während ca. 30 Prozent diese Bereitschaft als (noch) nicht gegeben ansahen. Bezeichnend mag sein, dass der höchste Zustimmungswert mit 65 Prozent bei den Anhängern der Fraktion des amtierenden Verteidigungsministers Kosiniak-Kamysz, Dritter Weg (*Trzecia Droga*), zu finden ist, während die

geringste Zustimmung mit 52 Prozent von den Anhängern der Rechtsaußenpartei Konfederacja (Konfederacja) kommt, die generell die proukrainische und prowestliche Linie der anderen Parteien ablehnt.

Andererseits hatten schon ein Jahr zuvor, d. h. im September 2023, in einer anderen von IBRiS im Auftrag der Akademie für Kriegskunst (Akademia Sztuki Wojennej) durchgeführten Umfrage unter ca. 1.000 Personen im Alter zwischen 18 und 55 Jahren 57 Prozent der Befragten ihre grundsätzliche Bereitschaft zur aktiven Beteiligung an der militärischen Landesverteidigung im Falle eines russischen Angriffs erklärt. Für die befragten Männer betrug dieser Wert 72 Prozent, für die Frauen immerhin 42 Prozent. 80 Prozent der positiv Eingestellten gaben dafür als Motivation den Schutz ihrer Angehörigen an, 55 bzw. 56 Prozent (außerdem) die Liebe zu Nation und Staat. Jeweils über 60 Prozent befürworteten auch die Kernziele des neuen Verteidigungsgesetzes, nämlich die Vergrößerung der Armee auf 300.000 Mann, die Anhebung der Militärausgaben auf mindestens drei Prozent, die Vergrößerung der aktiven und passiven Reserve sowie den Ausbau der Wehrübungen für Reservisten und andere interessierte Gruppen. Bei letzterem Punkt wollten allerdings 67 Prozent der Befragten nur junge Männer bis 35 Jahre einbezogen sehen, 51 Prozent alle Männer im wehrfähigen Alter (also bis 60 Jahre), hingegen nur 35 Prozent »alle Bürger« einschließlich der Frauen. Ähnlich sprachen sich auf die Frage nach einer möglichen Reaktivierung der Wehrpflicht und eines neunmonatigen Grundwehrdienstes (wie bis 2009) 36 Prozent dafür aus, eine solchen Verpflichtung nur für junge Männer einzuführen, hingegen waren 30 Prozent dafür, auch junge Frauen einzubeziehen. In beiden Fällen sollten aber Studierende ausgenommen werden, die eher durch freiwillige Angebote gewonnen werden sollten. Diese Form der Privilegierung war schon in der Zweiten Polnischen Republik und im kommunistischen Volkspolen gepflegt worden.

Die nach dem russischen Angriff vom Februar 2022 feststellbare große Nachfrage nach einer Schießausbildung für Privatpersonen in Vereinen hat etwas nachgelassen, was eine gewisse konjunkturelle Abhängigkeit von der außen- und sicherheitspolitischen Lage widerspiegelt, bleibt aber gerade deshalb auf einem hohen Niveau. Auch hier ist ein zunehmender Anteil von Frauen an den Kursteilnehmern bzw. Vereinsmitgliedern zu beobachten. Einen verwandten Kontext bildet die wachsende Zahl gestellter Anträge auf Waffenbesitz durch Zivilisten: Ende 2023 besaßen polnische Bürger 324.000 Waffenerlaubnis-scheine, von denen ca. 41.000 allein im Jahre 2023 ausgestellt wurden. Da eine Person mehrere Waffenscheine besitzen darf, ist die genaue Zahl der Nutzer unbekannt. Insgesamt wurden Ende 2023 in Polen 844.000 registrierte Waffen gezählt. Nach Aussage von

Ausbildern und Vereinsleitern bestand hinsichtlich des Waffenbesitzes nach 1989 ein genereller Nachholbedarf, da unter dem kommunistischen Regime fast alle Waf-

fen eingezogen worden waren. Aktuell werden für Polen 2,5 Feuerwaffen pro 100 Einwohner gezählt, während es in Finnland, Tschechien und der Slowakei ca. 30 sind.

Über den Autor

Dr. *Jens Boysen*, Historiker, Politologe und Slawist; u. a. Absolvent des College of Europe in Warschau-Natolin; 2010–2016 Wissenschaftlicher Mitarbeiter des Deutschen Historischen Instituts Warschau; seit 2019 Professor für Internationale Beziehungen am Collegium Civitas in Warschau; Interessenschwerpunkte: zivil-militärische Beziehungen, Sicherheitspolitik, Geopolitik Europas, Legitimationsideologien.

CHRONIK

19. November – 2. Dezember 2024

19.11.2024	Außenminister Radosław Sikorski empfängt in Warschau Bundesaußenministerin Annalena Baerbock, Kaja Kallas, Hohe Vertreterin der Europäischen Union für die Außen- und Sicherheitspolitik, sowie seine Amtskollegen aus Frankreich und Italien, Stéphane Séjourné und Antonio Tajani. Die Außenminister Spaniens und Großbritanniens José Manuel Albares und David Lammy nehmen per Videoschaltung an dem Treffen teil. Themen der Gespräche sind der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine, der seit 1.000 Tagen dauert, Möglichkeiten der Erweiterung der militärischen, finanziellen und humanitären Hilfe für die Ukraine sowie die Stärkung der europäischen Stabilität und Sicherheit. Die Zusammenarbeit zwischen Europa und den USA habe Schlüsselbedeutung für die Sicherheit und Stabilität des transatlantischen Raumes. Europa müsse bereit sein, mehr Verantwortung für seine Sicherheit zu übernehmen und mehr Ausgeglichenheit bei den Belastungen im Rahmen der NATO herbeizuführen, so die übereinstimmende Überzeugung der Teilnehmer des Treffens.
20.11.2024	Verteidigungsminister Władysław Kosiniak-Kamysz nimmt in Kopenhagen am Treffen der Northern Group (Dänemark, Deutschland, Estland, Finnland, Großbritannien, Island, Lettland, Litauen, Niederlande, Norwegen, Polen und Schweden) teil. Die nordeuropäischen Partner beraten über die Lage an der Front im russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine sowie über die Zusammenarbeit der Rüstungsindustrie im Rahmen der Northern Group und der Europäischen Union.
21.11.2024	Der Sejm lehnt mit 238 Stimmen bei 208 Gegenstimmen ein Misstrauensvotum gegen Gesundheitsministerin Izabela Leszczyna ab. Das Misstrauensvotum hat Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) beantragt. Die Partei gibt der Ministerin die Verantwortung dafür, dass sich die Lage im Gesundheitssystem verschlechtert habe.
22.11.2024	Verteidigungsminister Władysław Kosiniak-Kamysz ist in Bratislava zu Gesprächen mit seinem slowakischen Amtskollegen Robert Kaliňák. Das Treffen ist Teil des Besuchs einer polnischen Regierungsdelegation. Auf der Pressekonferenz im Anschluss stellt Kosiniak-Kamysz ein Abkommen zwischen beiden Regierungen über die strategische Zusammenarbeit bei der Entwicklung der Rüstungsindustrie beider Länder in Aussicht. Außerdem habe er die Slowakei eingeladen, sich am sog. Schutzschild Ost zum Schutz der NATO-Ostflanke zu beteiligen.
23.11.2024	Ministerpräsident Donald Tusk, Führungsperson des Parteienbündnisses Bürgerkoalition (Koalicja Obywatelska – KO), gibt das Ergebnis der Mitgliederabstimmung am Vortag über die Wahl des Präsidentschaftskandidaten der KO bekannt. Für Rafał Trzaskowski, Stadtpräsident von Warschau, wurden 74,75 Prozent der Stimmen abgegeben, sein Gegenkandidat Außenminister Radosław Sikorski erhielt 25,25 Prozent. Die Präsidentschaftswahlen finden im Mai 2025 statt.
24.11.2024	In Krakau (Kraków) wird Karol Nawrocki auf einem sog. Bürgerkonvent als Kandidat der Vereinigten Rechten (Zjednoczona Prawica) für die Präsidentschaftswahlen bestimmt. Nawrocki ist parteilos, steht aber der Partei Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) nahe. In der Regierungszeit der PiS war er von 2017 bis 2021 Direktor des Museums des Zweiten Weltkrieges in Danzig (Gdańsk) und ist seit 2021 Leiter des Instituts für Nationales Gedenken (Instytut Pamięci Narodowej – IPN).

25.11.2024	Bundesverteidigungsminister Boris Pistorius empfängt in Berlin seine Amtskollegen aus Polen, Frankreich und Großbritannien, Władysław Kosiniak-Kamysz, Sébastien Lecornu und John Healey, sowie die italienische Unterstaatssekretärin Isabella Rauti. Das Treffen soll den Auftakt eines künftig regelmäßigen Gesprächsformats bilden. Im Zentrum der Gespräche stehen die transatlantische und europäische Geschlossenheit und Stärke, die zu keinem Zeitpunkt seit Ende des Kalten Krieges mehr gefordert gewesen seien, so Pistorius. Als verlässliche transatlantische Partner müsse man die USA in Europa stärker entlasten, appelliert Pistorius an die europäischen Partner. Dazu gehörten einerseits höhere Verteidigungsausgaben, andererseits gehe es um das Schließen europäischer Fähigkeitslücken und um gemeinsame Standards. Kosiniak-Kamysz ruft die europäischen Partner auf, ihre Maßnahmen zur Unterstützung der Ukraine mehr zu koordinieren und ambitionierter darin zu werden, den USA ein verlässlicher Partner zu sein. Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Polen und Italien sind die Länder mit den höchsten Rüstungsausgaben in Europa.
25.11.2024	John Kirby, Sprecher des Nationalen Sicherheitsrates der USA, sagt, die USA nähmen die Drohung Moskaus gegenüber dem US-amerikanischen Militärstützpunkt in Redzikowo (Woiwodschaft Pommern/województwo pomorskie) ernst. Die Militärbasis war Mitte November eingeweiht worden und ist Teil des Raketenabwehrschildes der USA. Daraufhin teilte der Kreml vergangene Woche mit, dass sie auf eine Liste vorrangiger Ziele zur potentiellen Zerstörung gesetzt worden sei. Ihre Inbetriebnahme trage zur Vergrößerung einer nuklearen Bedrohung bei.
26.11.2024	Außenminister Radosław Sikorski empfängt in Warschau seinen ukrainischen Amtskollegen Andrij Sybiha. Themen des Treffens sind u. a. die Vorbereitungen des Beitritts der Ukraine zur Europäischen Union, die Unterstützung Polens für die Ukraine im russischen Angriffskrieg sowie bilaterale historische Themen. In der gemeinsamen Erklärung bestätigt die Ukraine, dass es für polnische Institutionen in Zusammenarbeit mit den entsprechenden ukrainischen Einrichtungen keine Hindernisse bei Such- und Exhumierungsarbeiten auf ukrainischem Gebiet geben werde. Damit wird die Suche und Exhumierung der Opfer des Massakers von Wolhynien an der polnischen Zivilbevölkerung durch ukrainische Nationalisten (1943–45) ermöglicht. Die Ukraine hatte die Arbeiten 2017 verboten.
27.11.2024	Piotr Serafin wird vom Europäischen Parlament zum Haushaltskommissar der Europäischen Kommission bestimmt. Serafin leitete von 2014 bis 2019 das Kabinett von Donald Tusk, als dieser das Amt des Präsidenten des Europäischen Rates innehatte. 2023/24 war er ständiger Vertreter Polens bei der EU.
27.11.2024	Ministerpräsident Donald Tusk nimmt in Harpsund (Schweden) am informellen Gipfel der Nordic-Baltic Eight (NB8; Dänemark, Estland, Finnland, Island, Lettland, Litauen, Norwegen, Schweden) teil. Im Mittelpunkt der Gespräche stehen die transatlantischen Beziehungen, die Sicherheit der Region und der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine. Tusk schlägt eine gemeinsame Patrouille auf der Ostsee vor.
28.11.2024	Verteidigungsminister Władysław Kosiniak-Kamysz begrüßt im Kurznachrichtendienst X die Entscheidung Deutschlands, ab Januar erneut Einheiten des Luftabwehrsystems Patriot nach Rzeszów (Südostpolen) zu verlegen. Das Bundesverteidigungsministerium hat zuvor mitgeteilt, es habe der NATO angeboten, die Patriot-Staffeln zum Jahresanfang dorthin zu entsenden. Rzeszów ist ein wichtiger Knotenpunkt, der für die Lieferung von militärischem Gerät für die Ukraine, die sich im Krieg mit Russland befindet, von zentraler Bedeutung ist.
29.11.2024	Innenminister Tomasz Siemoniak beantragt bei der Europäischen Kommission Finanzhilfe aus dem Solidaritätsfonds der Europäischen Union für die Hochwasserschäden, die im Sommer in den Woiwodschaften Lebusser Land, Niederschlesien, Oppeln und Schlesien (województwo lubuskie; dolnośląskie; opolskie; śląskie) eingetreten sind. Die Gesamtsumme der von den Woiwodschaften und dem Ministerium gemeldeten Infrastrukturschäden und -ausgaben beläuft sich auf 13 Milliarden Złoty (ca. 3 Milliarden Euro).
30.11.2024	Ministerpräsident Donald Tusk besucht in Dąbrówka (Woiwodschaft Ermland-Masuren/województwo warmińsko-mazurskie) den im Rahmen des Schutzschildes Ost ersten errichteten Abschnitt der Grenzbefestigung. Der Schutzschild Ost, der Grenzbefestigung, Militärstützpunkte und militärische Aufklärung umfasst, soll der Abschreckung eventueller Aggressoren dienen. Es werde sowohl von Polen als auch Staaten der Europäischen Union unterstützt. Das Ziel sei es, die gesamte Grenze zu Russland und Belarus, ca. 800 Kilometer, zu schützen, sagt Tusk bei einer Information für die Medien.
02.12.2024	Dariusz Joński und Michał Szczerba, Europaabgeordnete der Bürgerkoalition (Koalicja Obywatelska – KO), stellen auf einer Pressekonferenz Auszüge eines anonym veröffentlichten Berichtes über den Präsidentschaftskandidaten der Vereinigten Rechten (Zjednoczona Prawica), Karol Nawrocki, vor. Dem Bericht zufolge, der am Vortag im Internetportal Onet veröffentlicht wurde, unterhält Nawrocki Verbindungen zu Neonazikreisen und Straftätern. Nawrocki bezeichnete ihn als »Manipulation« und Mischung aus »Wahrheiten, Halbwahrheiten und Lügen«. Joński und Szczerba kündigen die Einbeziehung der Generalstaatsanwaltschaft an.

Sie können die gesamte Chronik seit 2007 auch auf <http://www.laender-analysen.de/polen/> unter dem Link »Chronik« lesen.

Subscribe to the Belarus Analytical Digest

*Expert Insights into Political, Economic
and Social Developments in Belarus*

About

The Belarus Analytical Digest is an open-access, peer-reviewed online publication on Belarus. Starting in 2025, the Belarus Analytical Digest will publish six issues per year. It provides expert analysis of Belarus's political, economic and social developments in the international and security context.

All contributions to the Belarus Analytical Digest undergo a peer review and comply with expert standards of quality and integrity.

The Belarus Analytical Digest is jointly produced by the Research Centre for East European Studies at the University of Bremen (FSO), the Center for Eastern European Studies (CEES) at the University of Zurich and the Center for Security Studies (CSS) at ETH Zurich.



Free Subscription

Subscribe to receive new issues
automatically in your mailbox:

Link

<https://bit.ly/4gaAoLw>

QR-Code



Website

<https://css.ethz.ch/en/publications/belarus-analytical-digest.html>

Editorial Board

Nelly Bekus (University of Exeter), Tatsiana Chulitskaya (Vilnius University), Iryna Herasimovich (University of Zurich), Jeronim Perović (University of Zurich), Alesia Rudnik (Karlstad University)

Corresponding Editors

Olga Dryndova (olga.dryndova@proton.me) and Heiko Pleines (pleines@uni-bremen.de)
(both Research Centre for East European Studies at the University of Bremen)

Subscribe to the Moldovan Analytical Digest

*Expert Insights into Political, Economic
and Social Developments in Moldova*

About

The Moldovan Analytical Digest is an open-access, peer-reviewed online publication on Moldova. Starting in 2025, the Moldovan Analytical Digest will publish four issues per year. It provides expert analysis of Moldova's political, economic and social developments in the international and security context.

All contributions to the Moldovan Analytical Digest undergo a peer review and comply with expert standards of quality and integrity.

The Moldovan Analytical Digest is jointly produced by the Research Centre for East European Studies at the University of Bremen (FSO), the Center for Security Studies (CSS) at the ETH Zurich, the Center for Eastern European Studies (CEES) at the University of Zurich, and the University of Fribourg with support from the Elite Network of Bavaria.



Free Subscription

Subscribe to receive new issues
automatically in your mailbox:

Link

<https://bit.ly/3Zr7qkH>

QR-Code



Website

<https://css.ethz.ch/en/publications/moldovan-analytical-digest.html>

Editorial Board

Jan Matti Dollbaum (University of Fribourg / LMU Munich), Amy Eaglestone (University of Birmingham), Ion Marandici (independent researcher), Jeronim Perović (University of Zurich), Svetlana Suveica (University of Regensburg), Eleanor Knott (London School of Economics)

Corresponding Editor

Jan Matti Dollbaum (jan.dollbaum@unifr.ch) (Université de Fribourg and LMU Munich)

ÜBER DIE POLEN-ANALYSEN

Die Polen-Analysen erscheinen zweimal monatlich als E-Mail-Dienst. Sie werden gemeinsam vom Deutschen Polen-Institut Darmstadt, der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und weiteren Partnern eines Konsortiums (siehe Titelseite) herausgegeben.

Ein Archiv der Polen-Analysen finden Sie im Internet unter www.laender-analysen.de/polen

Kostenloses Abonnement unter <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Diese Analysen finden Sie online als Lizenzausgabe auf bpb.de



Deutsches Polen-Institut Darmstadt (www.deutsches-polen-institut.de)

Das seit 1980 tätige Deutsche Polen-Institut Darmstadt (DPI) ist ein Forschungs-, Informations- und Veranstaltungszentrum für polnische Kultur, Geschichte, Politik, Gesellschaft und die deutsch-polnischen Beziehungen, die sich im Kontext der europäischen Integration entwickeln. Institutionelle Träger des DPI sind das Land Hessen, die Kultusminister der Länder, das Auswärtige Amt und die Wissenschaftsstadt Darmstadt. Einen wesentlichen Beitrag zur Verwirklichung der Institutsziele leisten private Stiftungen. Ziel der Vermittlertätigkeit des DPI ist es, »die zu interessieren, auf die es politisch, wirtschaftlich, gesellschaftlich und kulturell im deutsch-polnischen Verhältnis ankommt« (Leitlinien 1997). Es geht um die Entscheider und Multiplikatoren in Politik, Kultur, Bildung, Verwaltung, Medien und Wirtschaft. Das DPI versteht sich in Kooperation mit den Orten wissenschaftlicher Polen-Kompetenz an deutschen Hochschulen und Forschungsinstituten als verbindendes und vernetzendes Zentrum. Mit der 70.000 Bände zählenden multidisziplinären Fachbibliothek für Polen, die eine einzigartige Sammlung polnischer Belletristik in der Originalsprache und in deutscher Übersetzung umfasst, ist das DPI ein geschätzter Ort der Recherche und des wissenschaftlichen Arbeitens.

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen (www.forschungsstelle.uni-bremen.de)

1982 gegründet, widmet sich die Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen der interdisziplinären Analyse der Länder Ost- und Ostmitteleuropas in Zeitgeschichte und Gegenwart. Der Forschungsschwerpunkt liegt dabei auf der Rolle von »Dissens und Konsens«, von Opposition und Zivilgesellschaft in ihrem historischen, politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Kontext. Die Forschungsstelle besitzt in ihrem Archiv eine einzigartige Sammlung alternativer Kulturgüter und unabhängiger Texte aus den ehemaligen sozialistischen Ländern. Darunter befindet sich auch eine umfangreiche Sammlung des »Zweiten Umlaufs«, die das Schrifttum und Dokumente unabhängiger Initiativen und gesellschaftlicher Gruppen in Polen aus der Zeit von 1976 bis zum Umbruch umfasst. Hinzu kommt eine umfangreiche Bibliothek mit wissenschaftlicher Literatur. Mit Archiv, Bibliothek und zwei wissenschaftlichen Abteilungen ist die Forschungsstelle auch eine Anlaufstelle sowohl für Gastwissenschaftler als auch für die interessierte Öffentlichkeit.

Eine der Hauptaufgaben der Forschungsstelle ist die Information der interessierten Öffentlichkeit. Dazu gehören unter anderem regelmäßige E-Mail-Informationsdienste für Politik, Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Medien.

Herausgeber:

Deutsches Polen-Institut, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Redaktion:

Dr. Andrzej Kaluza (verantwortlich) (Darmstadt) und Dr. Silke Plate (Bremen)
Satz: Matthias Neumann

Wissenschaftlicher Beirat:

Prof. Dr. Stefan Garsztecki, Technische Universität Chemnitz
Dr. Agnieszka Łada-Konefał, Deutsches Polen-Institut, Darmstadt
Prof. Dr. Klaus Ziemer, Kardinal-Stefan-Wyszyński-Universität Warschau

Die Meinungen, die in den Polen-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.
Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Alle Ausgaben der Polen-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

ISSN 1863-9712 © 2024 by Deutsches Polen-Institut, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Kontakt: Dr. Andrzej Kaluza, Deutsches Polen-Institut, Residenzschloss 1, 64283 Darmstadt,
Tel.: +49/6151/4202-20, Fax: +49/6151/4202-10, E-Mail: kaluza@dpi-da.de, Internet: www.laender-analysen.de/polen



LÄNDER-ANALYSEN



Kostenlose E-Mail-Dienste: Länder-Analysen



Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa, Osteuropa und Zentralasien. Alle Länder-Analysen verstehen sich als Teil eines gemeinsamen Projektes, das der wissenschaftlich fundierten, allgemeinverständlich formulierten Analyse der Entwicklungen im östlichen Europa, der Offenheit für verschiedene inhaltliche Positionen und der kostenlosen und nicht-kommerziellen Information einer breit verstandenen interessierten Öffentlichkeit verpflichtet ist. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Belarus-Analysen

Die Belarus-Analysen erscheinen fünf bis sechs Mal pro Jahr.

Abonnement unter: <https://laender-analysen.de/abonnement/>

Belarus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: sechs Mal pro Jahr

Abonnement unter: <https://css.ethz.ch/en/publications/belarus-analytical-digest/newsletter-service-belarus-analytical-digest.html>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

Moldovan Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: vierteljährlich

Abonnement unter: <https://css.ethz.ch/en/publications/moldovan-analytical-digest/newsletter-service-moldovan-analytical-digest.html>

Polen-Analysen

Die Polen-Analysen erscheinen mit Ausnahme einer Sommerpause an jedem ersten und dritten Mittwoch im Monat.

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

Russland-Analysen

Die Russland-Analysen erscheinen mit Ausnahme einer Sommerpause ein bis zwei Mal pro Monat.

Abonnement unter: <https://laender-analysen.de/abonnement/>

Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

Ukrainian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/uad.html>

Ukraine-Analysen

Die Ukraine-Analysen erscheinen mit Ausnahme einer Sommerpause ein bis zwei Mal pro Monat.

Abonnement unter: <https://laender-analysen.de/abonnement/>

Zentralasien-Analysen

Die Zentralasien-Analysen erscheinen sechs Mal pro Jahr.

Abonnement unter: <https://laender-analysen.de/abonnement/>